

E 113-NR/XXII. GP

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juni 2005

betreffend Maßnahmen zur Reduktion der Feinstaubbelastung

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft, wird ersucht,

- die rasche Umsetzung des neuen Förderungsschwerpunktes in der Umweltförderung im Inland zur Reduktion der Staubemissionen von industriellen Anlagen sowie von Baumaschinen zu veranlassen,
- die bestehenden Initiativen Österreichs auf europäischer Ebene für eine weitere Verschärfung der EU-Abgasgrenzwerte für Partikelemissionen bei Pkw insbesondere in Hinblick auf die österreichische EU-Ratspräsidentschaft fortzusetzen,
- sowie verstärkt Bewusstseinsbildungsmaßnahmen für umweltschonende Fahrweisen und umweltfreundliche Technologien im Verkehrsbereich zu setzen,
- die Ausrüstung der Fahrzeugflotte des Bundes mit Partikelfiltern zu forcieren,
- deutliche und rasche Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs als einzige Alternative z.B. für Berufsverkehr; die geplante Nahverkehrsreform auf Bundesebene muss durch eine höhere Effizienz im Mitteleinsatz auch zu einer Investitionsoffensive im Nahverkehr führen
- den Radverkehr durch ein bundesweites „Aktionsprogramm Rad“ zu stärken und
- darauf hinzuwirken, dass finanzielle Mittel der Wohnbauförderung verstärkt in die Sanierung bzw. in energieeffizientes Bauen investiert werden, die entsprechende 15a Vereinbarung rasch umgesetzt wird.